

## **April-newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut"**

1. Entwicklungen im Inland
2. Entwicklungen im Ausland
3. Sonstige Hinweise

### **1. Entwicklungen im Inland**

31.3. Das Bundeskabinett beschließt die Eckpunkte für eine Bankenabgabe. Eine voreilige, sachlich wenig durchdachte Angelegenheit, die eigentlich nur von den falschen Banken gelobt wird. Positionen der Kampagne hierzu enthält das eigens auf der Kampagnenwebsite eingerichtete Unterverzeichnis <http://www.steuer-gegen-armut.org/wer-teilt-unsere-meinung/bankenabgabe-oder-transaktionssteuer.html>

26.3. Gute Nachrichten aus dem Petitionsausschuss: Die Anhörung zur Petition zur Finanztransaktionssteuer ist für den 4. Oktober geplant.

24.3. Eklat im Bundestag: Koalition verhindert eine zeitnahe Expertenanhörung des Finanzausschusses zur Finanztransaktionssteuer. Die Anhörung wird für den 17. Mai festgesetzt, geplante Dauer: 4 Stunden

22.3. In einer Generalabrechnung mit den Reformen der schwarz-gelben Bundesregierung fordert Bundespräsident Köhler erneut eine Abgabe auf Finanztransaktionen Wörtlich: "Ich würde zunächst für eine internationale Abgabe auf Finanztransaktionen kämpfen. Die 'Finanzindustrie' muss sichtbar an der Bewältigung der Kosten der Krise beteiligt werden."

21.3. Im Südwestrundfunk sagt Finanzminister Schäuble im Anschluss an den Koalitionsgipfel im Bundeskanzleramt: "Wir müssen einsehen, dass das, was wir gerne auch überlegt hätten - nämlich eine Finanztransaktionssteuer einzuführen - nur geht, wenn sie global vereinbart wird. Und dafür gibt es im Moment keine realistische Chance." Damit begründet er, warum er ab sofort eine Bankenabgabe vorantreiben würde

15.3. Zwei (im Sinne der Kampagne sehr förderliche) Beiträge zur Finanztransaktionssteuer auf ZDF WISO, dort als Podcast eingestellt.

12.3. Gemeinsamer Brief des DGB Vorsitzenden Michael Sommer und des TUC Vorsitzenden Brendan Barber an Bundeskanzlerin Merkel und Premier Gordon Brown, auf dem EU Frühjahrsgipfel konkrete Schritte zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorzulegen.

7.3. CSU Generalsekretär Dobrindt vertritt in einem Gespräch mit FDP Generalsekretär Lindner sowohl eine Bankenabgabe als auch eine internationale Finanztransaktionssteuer.

5.3. Die Bundesländer Brandenburg, Berlin, Rheinland-Pfalz und Bremen bringen eine Bundesratsinitiative zur Abstimmung, die auch die Finanztransaktionssteuer umfasst. Auf dem Hintergrund dieser Bundesratsinitiative auch interessant: Das Sitzungsprotokoll der Plenardebatte im Bayerischen Landtag vom 27.1.2010 zur Finanztransaktionssteuer, aufgrund von Anträgen der SPD und CSU/FDP, sowie die befürwortende Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU Fraktion im Landtag von Mecklenburg Vorpommern, Mathias Löttge, zur internationalen Finanztransaktionssteuer "über die die Bundesregierung bereits verhandelt" (schön wärs!)

## 2. Entwicklungen im Ausland

30.3. Der IMF bestätigt ausdrücklich in einem Zwischenbericht, dass er bei seinem Prüfauftrag auch die Vor- und Nachteile einer Finanztransaktionssteuer einbezieht.

29.3 In Italien beginnt die Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer mit dem Namen "005"  
– Siehe [www.zerozerocinque.it](http://www.zerozerocinque.it)

26.3. In Österreich beginnt die Kampagne [www.steuergegenarmut.at](http://www.steuergegenarmut.at), mit der vor allem die Petition an den G20 Gipfel durch das Netzwerk MakeFinanceWork verstärkt unterstützt werden soll.

25.3. In der Entschließung zum Bericht zu den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und auf die Entwicklungszusammenarbeit wird vom EU Parlament erneut und ohne Prüfungsaufgabe die Einführung einer Abgabe auf Finanztransaktionen gefordert.

10.3. EU Parlament fordert mit 536 zu 80 Stimmen die EU Kommission auf, eine FTS zu prüfen, um den Finanzsektor an der Krisenfolgenbewältigung zu beteiligen - notfalls im Alleingang, falls auf G20 Ebene keine Lösung zustande kommt

2.3. Der japanische Außenminister befürwortet FTS, um Einnahmen für Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen gegen den Klimawandel zu erhalten

1.3. Beitrag zur Debatte um (Schein-)Alternativen: Der Österreichische Gewerkschaftsbund fordert zur Finanzierung neuer Jobs und Qualifizierungsmaßnahmen eine Bankenabgabe sowie die Finanztransaktionssteuer.

→ Hinweise: Detailliertere Ausführungen zu den vorstehenden Punkten, auch zum Unterschied zwischen einer Bankenabgabe und der Finanztransaktionssteuer, finden Sie auf der Kampagnenwebsite [www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org)

## 3. Sonstige Hinweise

Ich bitte dringend alle Leser dieses newsletters zu überlegen, wie die Petition an den G20 Gipfel auf der Website [www.makefinancework.org](http://www.makefinancework.org) gestärkt werden kann. Nach zwei Monaten Laufzeit hat diese Petition erst 20 000 Unterstützer, während die deutsche Petition zur Finanztransaktionssteuer innerhalb von 3 Wochen auf über 50 000 Unterzeichner kam.

Außerdem darf ich mich nun endlich von Ihnen verabschieden: attac hat dankenswerterweise angeboten, mir die Redaktion dieses Newsletters abzunehmen und wird Sie ab Mai mit Informationen zur Kampagne versorgen. Ich verabschiede mich, danke für Ihr Interesse und hoffe, dass Sie unseren Anliegen gewogen bleiben.

Mit den besten Wünschen für gesegnete Kar- und Ostertage bin ich,

mit besten Grüßen aus Nürnberg

Jörg Alt SJ